



NEWSLETTER II/2012

# NORD|SÜD *news*



Foto: © Knut Henkel

## Boliviens Hausangestellte für ILO-Konvention unterwegs

In kaum einem Land Lateinamerikas haben die Hausangestellten so viel erreicht wie in Bolivien. Es gibt eine Gewerkschaft und ein Gesetz, das ihre Arbeitsrechte regelt. Dennoch gehen sie jetzt auf die Straße: „Grundsätzlich steht die Regierung von Evo Morales den Rechten der Hausangestellten positiv gegenüber“, erklärt Daniela Quenta, Generalsekretärin der Hausangestellten-Gewerkschaft Fenatrahob. „Aber fast ein Jahr nach ihrer Verabschiedung ist die Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 189 zum Schutz der Rechte der Hausangestellten noch immer nicht in nationales Recht überführt. Deshalb gehen wir nun mit Kampagnen und Demonstrationen an die Öffentlichkeit“.

Die 23-jährige leitet die Kampagne vom Büro der Gewerkschaft in der Calle Bartolina Sisa. Die be-

findet sich im Zentrum von La Paz. Das im ersten Stock eines Hinterhofhauses gelegene Büro ist auch Anlaufpunkt für die Mitglieder, die oft noch in Kittelschürze oder Uniform gleich nach der Arbeit herkommen. In den weitläufigen Räumen werden die Frauen über ihre Rechte aufgeklärt, geschult und weitergebildet. Davon zeugen Stellwände, Filmmaterial und Broschüren. Am Sonntag, wenn die Dienstmädchen frei haben, sind sie häufig mit Informationsmaterial an den öffentlichen Plätzen unterwegs, um aufzuklären. „Viele der rund 130.000 Hausangestellten in Bolivien wissen kaum etwas von ihren Rechten. So ist der freie Tag pro Woche zwar gesetzlich fixiert, wird aber nicht immer eingehalten“, erklärt die Gewerkschafterin. Neben der Arbeit in der Gewerkschaftszentrale studiert sie Jura, um die Kolleginnen langfristig auch rechtlich vertreten zu können.

Weiter auf Seite 2



### Inhalt

#### Titel

- | Boliviens Hausangestellte für ILO-Konvention unterwegs ..... S.1

#### Kommentiert

- | Sinn für Solidarität ..... S.2

#### Vorgestellt

- | Tarsicio Mora, Horst Stöterau ..... S.3

#### Aus der Arbeitswelt

- | Indonesien: Den Wellen trotzen ..... S.4
- | Madagaskar: Bis auf's letzte Hemd ..... S.5
- | Lateinamerika: Zweifel an Zahlen..... S.6

#### Aus Projekten und Kampagnen

- | Bangladesch: Das Feuer austreten;  
Haiti: Platz zum Lernen ..... S.7

#### Notiert

- | Weg aus der Krise; Soziale Sicherheit;  
Kein Gold von Rio Tinto; Gegen Freihandel;  
IndustriALL gegründet;  
Impressum ..... S.8

Fortsetzung von Seite 1



Kommentiert

Dafür gibt es gute Grundlagen: seit 2003 gilt das Gesetz Nummer 2450 über häusliche Arbeit. Es ist ein Meilenstein für die Hausarbeiter, meist Frauen, findet Daniela Quenta: „Es definiert unsere Rechte und hat in Lateinamerika für viel Aufsehen gesorgt“. Zehn Jahre lang haben Frauen wie Casimira Rodríguez, die Vorgängerin von Daniela Quenta, für dieses bahnbrechende Gesetz gekämpft. Darum beneiden Hausangestellte aus ganz Lateinamerika die Bolivianerinnen, denn etwas Vergleichbares haben Staaten wie Peru oder Mexiko nicht zu bieten. Ein wesentlicher Grund, weshalb Bolivien als überaus fortschrittlich gilt. Das Gesetz legt den Acht-Stunden-Tag für Hausangestellte, die nicht unter dem Dach des Arbeitgebers leben, fest und den Anspruch auf Arbeitspausen und Urlaub. Das ILO-Übereinkommen 189 aber enthält noch weitere Rechte: es untersagt den Arbeitgebern das weit verbreitete Einziehen von Dokumenten und schützt vor dubiosen Agenturen, die auch ins Ausland vermitteln. Zudem verlangt es Zugang zu den Gerichten für Hausangestellte und ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisation. Gute Gründe, weshalb die Konvention endlich ratifiziert werden soll, so Casimira Rodríguez.

Die in Cochabamba lebende Ex-Justizministerin war am 30. März, dem nationalen Tag der Hausangestellten, mit vielen anderen Frauen gemeinsam auf der Straße. Sie haben für die Implementierung der Konvention 189 in nationales Recht landesweit demonstriert. In La Paz empfing man eine Gewerkschaftsdelegation sogar am Sitz des Parlaments, berichtet Daniela Quenta. In ihren Augen hat die Ratifizierung der Konvention noch weitere Vorteile: „Die Regierung verpflichtet sich zu regelmäßigen Berichten, und wir Arbeiterinnen haben das Recht die ILO anzurufen, wenn unsere Rechte vom bolivianischen Staat verletzt werden. Das sind Fortschritte“.

Die Kampagne hat Wirkung gezeigt: Aus dem Arbeitsministerium wird signalisiert, dass man an der Umsetzung der Konvention in die Arbeitsgesetzgebung arbeite. Angesichts von 20.000 Frauen, die laut einer jüngst veröffentlichten Studie mehr als sechzig Stunden die Woche statt der gesetzlich fixierten 48 Stunden arbeiten, wäre das ein wichtiger Schritt. Ohnehin ist nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation jeder zehnte Frauenjob in Bolivien einer im fremden Haushalt. „Diese Zahlen machen deutlich, wie wichtig unsere Arbeit ist“, erklärt Daniela Quenta und stellt sich lächelnd vor ein Transparent mit der eingängigen Textzeile „Trabajo Digno, vida digna“ – zu Deutsch: würdige Arbeit, würdiges Leben.

Knut Henkel



Der Autor ist freier Journalist in Hamburg.

## Sinn für Solidarität

**Vor einem Jahr hat die Internationale Arbeitskonferenz in Genf die Konvention 189 mit Mindeststandards für Hausangestellte verabschiedet. Die „12 mal 12“-Kampagne der Internationale der Lebensmittel- und anderer Gewerkschaften (IUL) will im Jahre 2012 mindestens zwölf Regierungen zur Ratifizierung bewegen.**

Nach meiner Erfahrung in Großbritannien ist es sehr wichtig, Hausangestellte zu organisieren, insbesondere Migrantinnen. Sie sind durch Ausbeutung und schweren Missbrauch am meisten verwundbar. Es kommt darauf an, sie bei der Selbstorganisation zu unterstützen. Dadurch wird ihre eigene Stimme gestärkt. Dann entwickeln sie selbst Mut und Vertrauen in ihre Gewerkschaften.

In meiner Gewerkschaft, der britischen Unite, sind Hausangestellte als Einzelpersonen Mitglieder. Außerdem haben sie ihre eigene Organisation, „Gerechtigkeit für Hausangestellte“, die von der Gewerkschaft unterstützt wird. Hausangestellte können sich zuerst untereinander treffen und dann Teil der Gewerkschaft werden. Als Mitglied des Exekutivbüros des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), lange involviert in die Arbeitsgruppe der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), war es für mich ein Wendepunkt, als die IGB-Exekutive nicht nur Hausangestellten Priorität einräumte, sondern das auch wirklich weiterverfolgte.

Jetzt ist die Zeit für Ratifizierung und Aktion gekommen. Mit der „12 mal 12“-Kampagne müssen wir unsere Bündnisse am Leben halten. In jedem Land geht es um die Ratifizierung, um die Minimalstandards der Konvention zu sichern. Doch wir sollten uns auch anschauen, welche Rechte Hausangestellte bereits haben und was zu verbessern ist, auch bei der Anwendung der



Diana Holland

Gesetze. Im Vereinigten Königreich (UK) müssen wir uns für den Schutz einiger Rechte einsetzen, die wir sonst verlieren könnten, zum Beispiel die Visa für Hausangestellte aus anderen Ländern.

Nach meiner Erfahrung in der Gewerkschaft haben Hausangestellte aus der gegenseitigen Hilfe einen Sinn für Solidarität entwickelt. Neue Ideen und Methoden der Organisation kamen von ihnen. Sie haben die Gewerkschaft bereichert und gestärkt. Sie haben Unite zum Beispiel um Schulung in Informationstechnologien und Sprachen gebeten, haben Kunstklassen eingerichtet und Ausstellungen im Gewerkschaftszentrum gezeigt. Oft haben sie Tänze, Lieder und Stücke aufgeführt, um Bewusstsein für ihre Anliegen zu wecken. Es gibt auch eine Postkartenkampagne mit Bildern, die eine Hausangestellte von den verschiedenen Tätigkeiten gezeichnet hat. Sie knüpfen neue Kontakte mit Erwachsenenbildungseinrichtungen oder Rechtsberatungsstellen. Hunderte Hausangestellte kommen in London regelmäßig zusammen. Einige haben sich auch an der Frauenschule von Unite beteiligt. Manche kamen an ihrem freien Tag, andere haben sogar Urlaub genommen, um an einem Kurs teilzunehmen. All das hat die Hausangestellten selbst und andere Gewerkschaftsmitglieder verändert. Das war wirklich positiv.

Diana Holland



Das Interview mit der Vorsitzenden des Frauenkomitees des IGB und stellvertretenden Generalsekretärin für Gleichheit der britischen Gewerkschaft Unite führte die Forscherin Celia Mather. Ihr Text wurde aus dem Englischen übersetzt und gekürzt von Sigrid Thomsen. Mit freundlicher Genehmigung der IUL, Quelle (23.3.2012): <http://cms.iuf.org/?q=node/1542>



Foto: © Knut Henkel

ILO-Konvention bringt Fortschritte: Daniela Quenta





Tarsicio Mora

## Lehrer zwischen den Fronten

Tarsicio Mora hebt seine breiten Schultern. „Vielleicht ist dies mein letztes Interview“, stellt er mit seiner tiefen, freundlich polternden Stimme fest. Ganz nüchtern, ohne Pathos. Für den 61-jährigen Kolumbianer vergeht kaum ein Tag, an dem er keine Morddrohungen erhält. Meist in Form seiner eigenen Todesanzeige, per mail. Die Absender können Paramilitärs sein, die Guerilla oder Drogenhändler. Zwischen diesen drei Fronten arbeiten Gewerkschafter in Kolumbien. Auf dem Papier werden sie durch einen Staat geschützt, der Tarsicio Mora sogar vier bewaffnete Leibwächter stellt. Doch verfolgt werden Menschenrechtsverletzungen kaum.

Für Gewerkschafter ist Kolumbien eines der gefährlichsten Länder weltweit. „In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden acht Kollegen ermordet. Insgesamt zählen wir bereits 109 Fälle von Menschenrechtsverletzungen aller Art“, berichtet Tarsicio Mora. Fünf Attentate und zwei Festnahmen hat er überlebt. Als Direktor für internationale Beziehungen und ehemaliger Präsident

der CUT (Central Unitaria de Trabajadores de Columbia), dem größten Dachverband des Landes, gehört er zu den einflussreichsten Gewerkschaftern im Land. Beim internationalen Gewerkschaftsbund IGB und der internationalen Arbeitsorganisation ILO argumentiert er gegen die Unterzeichnung internationaler Handelsabkommen mit Kolumbien. „Die Welt soll erfahren, was wir aufgrund unseres gewerkschaftlichen Engagements erleiden.“

Schon zu Beginn seiner Tätigkeit als Lehrer für Mathematik und Physik schloss sich der junge Tarsicio Mora der Lehrergewerkschaft FECODE an, später wurde er ihr Präsident. „Lehrer sind von Natur aus Kämpfer“, sagt er. Insbesondere auf dem Land geraten sie zwischen die Fronten, wenn sie für die Neutralität ihrer Schule und die Unversehrtheit ihrer Schüler eintreten. Nicht von ungefähr werden sie von allen Berufsgruppen am häufigsten bedroht oder ermordet. Tarsicio Mora ist unversehrt geblieben, doch er hat große Opfer gebracht. „Wir haben zwei Möglichkeiten“, erklärt er. „Man gibt die Gewerkschaftsarbeit auf und



Foto: © Cordula Kropke

Tarsicio Mora

hat ein Familienleben, oder man kämpft für die Veränderungen in unserem Land. Dann muss man sich von der Familie isolieren, damit sie nicht in Gefahr gerät.“ Tarsicio Mora hat sich für den Kampf entschieden.

Michaela Ludwig

 Die Autorin ist freie Journalistin in Hamburg.

Horst Stöterau

## Fass auf im Unterricht

Es ist der 27ste Schiffscontainer, der Horst Stöterau und seinen Kollegen aus der Mittelamerika-Gruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Hamburg Kopfschmerzen bereitet. Ganze drei Monate brauchten die Partner in Leon, um gespendete Hefte, Bücher, Fahrräder, Stofftiere und Anspitzer in Nicaragua durch den Zoll zu bringen. Im Sommer 2012 besucht eine Lehrerdelegation zum fünften Mal die Hamburger Partnerstadt. „Wir werden uns mit einem Vertreter des Bürgermeisters treffen und über die Probleme sprechen“, sagt der 69-Jährige Stöterau, der „zu seiner Schande“ gesteht, bis heute kaum Spanisch zu sprechen.

Der pensionierte Lehrer für Deutsch und Geschichte verkörpert gewissermaßen die Geschichte der Nicaragua-Solidarität. Er war es, der 1984 in das mittelamerikanische Land reiste, in dem die linksgerichteten Sandinisten die Macht übernommen hatten. Im Gepäck hatte er 30 Kilogramm Spielsachen, die an seiner Schule für einen Kindergarten gesammelt worden waren. Und eine Einladung

des damaligen GEW-Bundesvorsitzenden an die nicaraguanische Lehrergewerkschaft ANDEN nach Frankfurt. In Leon besuchte er Schulen und Kindergärten und war tief berührt: „Die Lebensbedingungen der Menschen waren nach dem Ende der Diktatur sehr armselig.“ Zurück in Hamburg beschloss der frisch gebackene Vater eines Sohnes zu handeln: Schon bald wurde der erste Container gepackt, jedes Jahr folgte ein weiterer. „Wir stellten blaue Plastikfässer in den Klassen auf, die die Kinder füllen konnten, und machten Nicaragua zum Unterrichtsthema. So können wir noch heute wichtige Hilfe leisten und damit unseren Schülern beibringen, Verantwortung zu übernehmen“, so Horst Stöterau. Die Krisen im Land führten immer wieder zu politischen Auseinandersetzungen in der Hamburger Gruppe. Doch Horst Stöterau und seine Kollegen setzten sich dafür ein, die Hilfe fortzuführen: „Die GEW unterstützt ja nicht die Regierung, sondern die Gewerkschaft.“

Heute stehen die Helfer an einem Wendepunkt. „Der bürokratische Aufwand ist sehr groß und



Foto: © Cordula Kropke

Horst Stöterau

steht vielleicht nicht mehr im Verhältnis zum Nutzen“, sagt Horst Stöterau. Nach der Reise wird über die weitere Unterstützung der zehn Partnerschulen entschieden. Und über seine Nachfolge: „Wir müssen jünger werden“, sagt er und lächelt verschmitzt.

Michaela Ludwig



## Den Wellen trotzen

**Gegen Fluten und Flauten hält sich eine kleine Nähkooperative in Indonesien am Leben. Jetzt hat sie sich dem internationalen Netzwerk „No Chains“ angeschlossen.**

Die jahreszeitlichen Überschwemmungen stören die ehemaligen Arbeiter der Textilfabrik noch immer, auch im neuen Quartier ihrer Kooperative im Nordwesten von Jakarta. Doch die Maschinen laufen weiter in dem Vier-Zimmer-Haus, das sie gemietet haben. Sie leben im oberen Stockwerk und nähen im unteren. Neue Anlagen und Maschinen konnten sie 2011 vom Darlehen eines indonesischen Arbeiteraktivisten anschaffen. Jetzt beginnt eine neue Phase. Unterstützt von lokalen Organisationen für Arbeitnehmerrechte, nennen sie ihre Kooperative nun „100 % Milik Pekerja“, das bedeutet „100 Prozent Arbeitereigentum“ und erinnert daran, dass die Kooperative den Arbeitenden gehört und von ihnen betrieben wird.

Vor vier Jahren hatten die Überschwemmungen der Stadt ihrem Projekt beinahe den Garaus gemacht. Dabei hatten die Beschäftigten der Textilfabrik PT Istana in Nordjakarta jahrelang gegen die Einschüchterung durch Vorgesetzte und die Isolierung von Gewerkschaftsmitgliedern gekämpft, auch gegen die plötzliche Schließung der Fabrik ohne Kompensation 2007. Mehr als dreißig Entlassene hatten die Fabrik monatelang besetzt und die Produktion weitergeführt, während sie auf gesetzlichem Weg Entschädigung für die ungerechte Entlassung suchten. Als das gesamte Gebiet 2008 überschwemmt wurde, sorgte ihr ehemaliger Chef für das Abschalten der Stromversorgung, so dass beide Wasserpumpen und die



Foto: © Ayuolja Fajri Anzas

Unter Druck: Arbeiten in der Kooperative

Maschinen nicht mehr liefen. Das hat die Anstrengungen dieses engagierten Kerns der Kooperative zur Aufrechterhaltung einer autonomen Produktion damals zunichte gemacht. Auch wenn das Startkapital noch immer knapp ist und die Mitglieder der Kooperative den gesamten Produktionsprozess selbst bewerkstelligen müssen: sie stellen weiterhin Baumwollbekleidung her, darunter T-Shirts, Kinderkleider und Taschen für Zulieferer und sympathisierende Organisationen. Während sie früher für große Marken wie Adidas, Victoria's Street und Gap produziert haben, verkaufen sie ihre eigenen Sachen heute für umgerechnet 2,50 bis 3,75 Euro. Ihre Monatslöhne liegen bei umgerechnet knapp 90 bis 100 Euro, damit lassen sich nur schwer die täglichen Bedürfnisse befriedigen.



Foto: © Ayuolja Fajri Anzas

Stolz auf die eigene Leistung: die Näh-Kooperative ist zu hundert Prozent Eigentum der Arbeiterinnen.

Eingeschränkt ist auch ihr rechtlicher Status, denn sie stammen als Wanderarbeiter von außerhalb Jakartas. Deshalb haben sie Schwierigkeiten bei der gesetzlichen Registrierung ihrer Kooperative und müssen sich als kleine, informelle Gruppe von Heimarbeitern definieren, trotz aller Grundsätze von demokratischer Selbstverwaltung und würdevoller Arbeit.

Aus solchen Gründen bleiben echte autonome Arbeiterkooperativen in Indonesien oft nicht lange am Leben. Dagegen haben viele Scheinkooperativen, gegründet von „gelben Gewerkschaften“, die ihrerseits von Firmen gefördert werden, einiges Standvermögen. Doch auch in anderen Ländern des globalen Südens erleben Arbeiterinnen und Arbeiter diese Art von Druck wie die jungen Kooperativen in Indonesien. Deshalb hat die Mitgliedschaft von „100 % Milik Pekerja“ beschlossen, ihre wachsende Gruppe lokaler Unterstützer durch die Beteiligung an „No Chains“ zu erweitern, einem globalen Netzwerk von Arbeiterkooperativen. Das Netz will als Modell für faire Produk-




Foto: © Ayuolja Fajri Anzas

Oberwasser: Nähen mit neuen Maschinen

tion und Lebensader für sich entwickelnde Kooperativen dienen. Übergriffe in der Bekleidungsindustrie weltweit werden angeprangert. Gegründet 2009 als Partnerschaft von „Dignity Returns“ in Thailand und der Kooperative La Alameda in Argentinien, hat das Netzwerk anlässlich der Vorführung neuer Designs für T-Shirts im Mai 2012 „100% Milik Pekerja“ in seinen Reihen begrüßt, ebenso die „Defend Job“-Kooperative von den Philippinen, die aus ehemaligen Triumph-Beschäftigten besteht. Kooperativen-Mitglied Kiswoyo bleibt optimistisch angesichts der Herausforderungen für seine bescheidene, jetzt wiederbelebte Kooperative: „Das Einkommen ist besser in der Fabrik, aber wenn man selbst weiter kommen will, ist dies hier viel besser. Hoffentlich kann sich unsere kleine Kooperative eines Tages entwickeln und expandieren.“

Sakarit Gunkarn

 Der Autor arbeitet als freiwilliger Übersetzer für Dignity Returns in Thailand. Übersetzung: Sigrid Thomsen

 Weitere Informationen: [www.nochains.org](http://www.nochains.org)





## Bis auf's letzte Hemd

**Internationale Wirtschaftssanktionen haben Madagaskar in eine Krise gestürzt. Zigtausende verloren ihre Arbeit allein in der Textilindustrie. Sie gehörte einst zu den wichtigsten Arbeitgebern des Landes.**

„Lieber Präsident Obama. Bitte retten Sie unsere Arbeitsplätze. Lassen Sie nicht zu, dass unsere Familien in Armut versinken.“ Mit diesem verzweifelten Appell wandten sich madagassische Textilarbeiter Ende 2009 an den US-Präsidenten. Doch sie wurden nicht erhört. Die Vereinigten Staaten setzten das Abkommen aus, das Madagaskars Textilindustrie einen zoll- und quotenfreien Zugang zum US-Markt gewährte, den „African Growth and Opportunity Act“ (AGOA). Es hatte maßgeblich zum Wachstum der Branche beigetragen. Seitdem wächst die Arbeitslosigkeit. Das ist eine der Konsequenzen des Regierungs-Umsturzes vom März 2009: Der Bürgermeister der Hauptstadt Antananarivo, Andry Rajoelina, hatte damals gewaltsam die Macht im Land ergriffen. Die internationale Gemeinschaft for daraufhin den Löwenanteil der Entwicklungshilfe ein und verhängte Wirtschaftssanktionen. Sie sollen nach demokratischen Wahlen aufgehoben werden. Doch die gibt es frühestens in einem halben Jahr.

ein. Zahlreiche, überwiegend ausländische Unternehmen, die vom AGOA-Abkommen profitiert und den US-Markt beliefert hatten, mussten schließen. „Viele haben ihre Arbeiter fristlos entlassen, ohne soziale Ausgleichszahlungen. Sie haben sich einfach nicht an die rechtlichen Vorgaben gehalten“, beklagt Randrianansolo.



Foto: © Cordula Kropke

Hoffen auf ein Ende der Krise: Kinder auf dem Markt

Auch Hanintsoa Rakotoarimanga, Mutter von vier Kindern, stand von einem auf den anderen Tag auf der Straße. In der Fabrik des US-Bekleidungs Herstellers „Gap“ hatte sie als Maschinistin gearbeitet. „Fünf Jahre lang habe ich 60 Euro im Monat verdient. Ich war zufrieden. Doch dann wurden wir plötzlich alle entlassen“, erzählt die junge Frau. Sie lebt in einem der Slums der Haupt-



Foto: © Leonie March

Täglicher Überlebenskampf: Armenviertel am Rande von Madagaskars Hauptstadt Antananarivo

In den letzten drei Jahren seien insgesamt 336.000 Arbeitsplätze vernichtet worden, berichtet José Randrianansolo, Generalsekretär des Gewerkschaftsbunds FISEMA. Schätzungen zufolge wurden allein in der Textilindustrie 50.000 Stellen gestrichen, die Produktion brach um ein Drittel

stadt Antananarivo. Dort ist die ohnehin hohe Arbeitslosenquote seit Beginn der Krise explodiert, die Preise für Lebensmittel sind drastisch gestiegen, die Armut hat zugenommen. Es sei ein täglicher Überlebenskampf, klagt die ehemalige Textilarbeiterin. „Immer wieder gehen meine Kinder

hungrig zu Bett. Mein ältester Sohn musste die Schule abbrechen, weil ich mir die Gebühren nicht leisten kann.“

Anderen erging es etwas besser. Unternehmen, die T-Shirts und andere Massenware für die Märkte in Europa und Asien produzieren, konnten mittlerweile sogar wieder Arbeiter einstellen. Allerdings teilweise zu schlechteren Konditionen. Madagaskar hatte bereits beim Aufbau der Textilindustrie auf Freie Exportzonen, billige Arbeitskräfte und niedrige Steuern für ausländische Investoren gesetzt. Seit Beginn der Krise haben Lohndumping und Kürzungen der Sozialabgaben Konjunktur. Angesichts des Überangebots an Arbeitskräften hänge über den Erwerbstätigen ständig das Damoklesschwert der Entlassung, meint Gewerkschafter José Randrianansolo. Die Gewerkschaften führen zwar weiterhin jedes Jahr Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern, aber viel Einfluss haben sie nicht. Nur etwa zehn Prozent der Beschäftigten im formellen Sektor sind gewerkschaftlich organisiert.



Foto: © Leonie March

Schule abgebrochen: Hanintsoa Rakotoarimanga mit Sohn

„Die politische und wirtschaftliche Krise hat die Arbeitnehmervertretungen weiter geschwächt“, betont Dr. Hantanirina Andrianasy von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Madagaskar. Tausende Mitglieder sind ausgetreten oder können ihre Beiträge nicht mehr bezahlen. Gleichzeitig müssen die Gewerkschaften mehr Zeit und Geld in Gerichtsprozesse für ihre Mitglieder investieren. Auf dem politischen Parkett hat die Stimme der Gewerkschaften kaum Gewicht. 2009 hatten sie sich als Mediator angeboten. Ohne Erfolg. Ein Ende der Krise ist noch immer nicht absehbar. Leidtragende des politischen Tauziehens und der Wirtschaftssanktionen seien einfache Leute wie die Textilarbeiter, beklagt José Randrianansolo. „Es ist nicht gerecht, diesen Konflikt auf ihrem Rücken auszutragen, während die Verantwortlichen die Misswirtschaft in unserem Land ungehindert fortsetzen können.“

Leonie March

Die Autorin ist freie Journalistin in Südafrika.



## Zweifel an Zahlen

**Südamerika meldet Wirtschaftswachstum: Die Arbeitslosigkeit ist gesunken, die Armut zurückgedrängt. Hugo Bai, Wirtschaftswissenschaftler am Cuesta-Duarte-Institut der uruguayischen Gewerkschaftszentrale PIT-CNT, bezweifelt, dass das auch zu mehr Gerechtigkeit bei den Einkommen führt.**

*Die Armut ist vor allem in Ländern mit progressiven Regierungen entschieden gesenkt worden. Hat sich damit auch die Ungleichheit verringert?*

Sinkende Armut ist nicht gleichbedeutend mit verminderter Ungleichheit. Ich kann Armut senken, aber gleichzeitig die Ungleichheit vergrößern. Das hängt davon ab, wie der Kuchen verteilt wird.



Foto: © Karl-Ludolf Hübener

Shopping Center für Wohlhabende in Montevideo

*Das Nationale Statistikinstitut INE hat allerdings errechnet, dass die Ungleichheit in Uruguay abgenommen hat: 2009 lag der GINI-Index bei 0,432, 2011 bei 0,401. Was steckt hinter diesen Zahlen?*

Die Messung der Einkommensverteilung, und damit auch von Ungleichheit, beruht auf regelmäßigen Umfragen in Haushalten. Daraus ergibt sich der GINI-Index. Dieser misst auf einer Skala von Null bis Eins. Je niedriger sein Wert ist, desto größer die Gleichheit. Wenn der Wert jedoch eins erreicht, bedeutet das maximale Ungleichheit. Oder anders ausgedrückt: Einer steckt sich alles in die eigene Tasche.



Foto: © Karl-Ludolf Hübener

Wer wenig Geld hat, geht in Uruguays Hauptstadt bei den Straßenhändlern einkaufen.

*Kritiker melden Zweifel am GINI-Index an. Er messe die Ungleichheit in einer Gesellschaft nur unzureichend, klammere andere wichtige Faktoren aus.*

Tatsächlich gibt es einen Haken: Die Einkommen von Arbeitern oder Rentnern werden ziemlich genau erfasst, die höheren Einkommen dagegen weniger genau. Die Einkünfte von Freiberuflern und Managern, Einnahmen aus Kapitalgewinn, Bankzinsen, Vermietung oder Landverpachtung werden von den Betroffenen oft zu niedrig eingestuft und damit an der Steuerbehörde „vorbei geschleust“. Wenn ich den Statistiken glauben wollte, verdienen Direktoren durchschnittlich nur etwa doppelt so viel wie Lohnempfänger. Das reicht aber nicht für den Kauf eines Autos im Wert von 100.000 Dollar oder eines Apartments für eine halbe Million Dollar! Gleichzeitig geht fast die Hälfte der 1,5 Millionen Beschäftigten in Uruguay am Monatsende mit weniger als umgerechnet etwa 400 Euro nach Hause, manche mit weniger als dem Mindestlohn von 250 Euro.

*... und die Mieten für eine Einzimmerwohnung beginnen bei 200 Euro! Kein Wunder, dass auch Arbeiter in Armenvierteln landen. Die Einkommensverteilung unter den dreieinhalb Millionen Uruguayern wird also mit dem GINI-Index verzerrt dargestellt. Man weiß besser über die Armen als über die Reichen Bescheid.*

Wenn es um die Verteilung von Vermögen geht, gilt das noch viel mehr. Reichtum, der auf Aktienbesitz, Wohneigentum, Land- oder Kapitalbesitz beruht, wird bei der GINI-Berechnung von Ungleichheit überhaupt nicht berücksichtigt. Die entsprechenden Informationen sind extrem lückenhaft oder existieren nicht. Nicht nur in Uruguay!

*Sind Bildung und Erziehung nicht auch Faktoren, die beim Thema Ungleichheit berücksichtigt werden müssten? Die UNESCO hat in einer Studie festgestellt, dass nur 39 Prozent eines Jahrgangs die höhere Schulbildung abschließen und Uruguay*

*damit in der Region den letzten Platz belegt. Unter der ärmeren Bevölkerung schaffen es sogar nur 6,4 Prozent!*

Natürlich hat das negative Auswirkungen. Die am meisten Qualifizierten haben ihre Einkommen viel mehr erhöhen können als diejenigen, die die Schule abgebrochen haben oder gescheitert sind. Zugang zur Erziehung und Qualität der Bildung entscheiden nur zu oft über Chancengleichheit. Ein gutes Erziehungssystem kann dazu beitragen, die Ungleichheit zu reduzieren.


*Die offiziellen Angaben zur Ungleichheit, die sich fast immer auf den GINI-Index stützen, sind also mit großer Vorsicht zu genießen. Davon abgesehen: Ist Uruguay eine Ausnahme in Lateinamerika? Wie sieht es in den Nachbarländern aus?*




Foto: © Karl-Ludolf Hübener

Wirtschaftswissenschaftler Hugo Bai

Wir liegen im ungleichen Trend, auch wenn es sicherlich viel größere Ungleichheit in Paraguay und Bolivien gibt, nicht zu vergessen in Brasilien. Lateinamerika ist weiterhin die „ungleichste“ Region auf diesem Planeten. Für diese Feststellung reicht schon der GINI-Index!

 Das Gespräch führte Karl-Ludolf Hübener, freier Journalist in Uruguay.

 Weitere Informationen: [monde-diplomatique.de/pm/2011/06/10.mondeText.artikel,a0063.idx,21](http://monde-diplomatique.de/pm/2011/06/10.mondeText.artikel,a0063.idx,21)





## Das Feuer austreten

**In Bangladesch werden Kleider unter gefährlichen Bedingungen genäht. Jetzt hat die Gewerkschaft ein Schutzabkommen erreicht.**

Als erster Abnehmer von Textilien aus Bangladesch hat der US-Bekleidungsriese PHV, der Marken wie Tommy Hilfiger und Calvin Klein beliefert, sich auf Arbeitsschutz verpflichtet. Er will die Beschäftigten und ihre Organisationen an einem zweijährigen Programm zum Arbeitsschutz beteiligen, wenn auch andere Unternehmen die Vereinbarung zum Brandschutz unterzeichnen. In Deutschland präsentieren jetzt Betriebsräte von ver.di diese Forderung bei Bekleidungsfilialisten. Für die Bekleidungs-gewerkschaft NGWF in Bangladesch und ihre Verbündeten ist dieses Abkommen ein großer Erfolg. Es könnte die Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken grundlegend verbessern, sogar Leben retten. Denn dort kommt es immer wieder zu Unfällen, bei denen Arbeiterinnen verletzt oder getötet werden. Die Sicherheitsbedingungen sind in der Regel miserabel. Oft sind die Treppenhäuser der mehrgeschossigen Fabrikgebäude zu eng, zugestellt oder versperrt. Geräte

und elektrische Anlagen sind veraltet, Feuerlöscher fehlen, Beschäftigte sind für den Brandfall nicht trainiert. Brände oder Massenpaniken aufgrund von Fehlalarmen sind häufig und enden oft fatal.

Um das zu ändern, um sich auch gegen niedrige Löhne und exzessive Überstunden zu wehren, brauchen die 3,5 Millionen Menschen, die in den Bekleidungs-fabriken arbeiten, starke Gewerkschaften. Die meisten von ihnen sind Frauen unter 30 Jahren. Doch wer in der Fabrik eine Gewerkschaft anmelden will, muss mit Schikanen und Einschüchterungen rechnen, selbst mit Entlassung. Anfang April wurde in Dhaka sogar ein Gewerkschaftsführer ermordet. Seit Mai 2011 unterstützt das DGB Bildungswerk BUND deshalb ein Projekt zur gewerkschaftlichen Organisierung und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in dieser Industrie. Dabei identifiziert die NGWF Zulieferer großer europäischer Einzelhandelsunternehmen und untersucht ihre Arbeitsbedingungen. Die Forschungsergebnisse werden genutzt, um die Beschäftigten über ihre Rechte zu informieren und Forderungen an die Produzenten und Ab-



© John Isaac / World Bank/flickr.com, CC BY-NC-SA 2.0

Arbeitsschutz verbessern: Näherin in Bangladesch

nehmer zu formulieren. Mehr als 600 Beschäftigte wurden im ersten Jahr auf diese Weise geschult. In Deutschland werden die Ergebnisse von ver.di-Betriebsräten zur Unterstützung der Kolleginnen genutzt – wie zum Beispiel die Brandschutzvereinbarung.

Anne Scheidhauer



Die Autorin ist Projektleiterin bei TIE Internationales Bildungswerk e.V. in Frankfurt.

## Haiti: Platz zum Lernen

**Für ein neues Ausbildungszentrum in Haiti sammelte der DGB 2010 Spenden. Jetzt wird es gebaut.**

Im provisorischen „Hörsaal“ müssen sich 50 Frauen jeweils zu zweit einen Stuhl teilen. Sie können es kaum erwarten, dass die neue Bildungstätte von RENAFAM, dem nationalen Netzwerk gewerkschaftlich organisierter Frauen, fertig wird. Es ist schon zwei Jahre her, dass das verheerende Erdbeben in Haiti ihr Ausbildungszentrum zerstörte. Für den Wiederaufbau hatte die Spendenaktion

des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Gewerkschaften helfen“ 2012 fast 48.000 Euro gesammelt. Doch dann tauchten Schwierigkeiten auf. RENAFAM war bereits vor Jahren einem Betrüger aufgesessen. Ihr zusammengestürztes Ausbildungszentrum war auf einem Grundstück gebaut, das ihnen gar nicht gehörte. So begann eine fieberhafte Suche nach einem neuen Grundstück. Das Geld dafür stellte schnell und unbürokratisch der finnische Gewerkschaftsdachverband SAK zur Verfügung. Nach den ersten Architekturstudien aber wurde dann klar, dass die 47.512 Euro, die

„Gewerkschaften helfen“ an Spenden gesammelt hatte, nur einen kleinen Teil der Kosten für den Neubau abdecken würde. Etwa vier mal so viel Geld wurde gebraucht. Um keine Bauruine zu hinterlassen, sollte erst dann begonnen werden, wenn sich ein Financier gefunden hätte. Die aus Deutschland gespendeten Gelder waren zwischenzeitlich auf einem Bankkonto in Haiti geparkt.

Jetzt werden sie eingesetzt: Der holländische Dachverband kirchlicher Nichtregierungsorganisationen hat sich bereit erklärt, die fehlenden Finanzmittel beizusteuern. Damit wird der Wiederaufbau zu einem echten europäischen Kooperationsprojekt. Arnold Antonin vom Centre Petion Bolivar in Haiti hat als langjähriger Partner der Friedrich-Ebert-Stiftung geholfen, die Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Ein wenig Geduld brauchen die Frauen noch bis es fertig ist – doch das gehört in Haiti zum Alltag.

Dr. Stefanie Hanke



Die Autorin ist Leiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Dominikanischen Republik.



Foto: © Arnold Antonin

Lernen seit zwei Jahren in provisorischen Räumen: Gewerkschafterinnen beim nationalen Netzwerk RENAFAM



## Weg aus der Krise

Damit Wachstum und Beschäftigung entsteht, müssen die Regierungen in Infrastruktur, Bildung und neue Technologien investieren, forderte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer nach dem G 20-Gipfel in Mexiko im Juni. Weltweit seien fast 210 Millionen Menschen arbeitslos. Es sei „ein Schritt in die richtige Richtung, dass die G 20-Staaten verstärkt über Wachstum und Beschäftigung sprechen statt über Sparen und Kürzen. Ohne Wachstum ist ein Weg aus der Krise nicht denkbar“. Gerade die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenländern erfordere entsprechende Maßnahmen. Dass es bei der Regulierung der Finanzmärkte kaum Fortschritte gab, bedauerte Sommer: „Solange die G 20-Staaten es nicht schaffen, die Spekulation und die Exzesse auf den Finanzmärkten in den Griff zu bekommen, werden auch die kommenden G 20-Gipfel im Zeichen der Krise stehen“, erklärte Sommer am 20. Juni in Berlin.



Weitere Informationen: [www.ituc-csi.org/?lang=de](http://www.ituc-csi.org/?lang=de)

## Soziale Sicherheit

Die Internationale Arbeitskonferenz hat bei ihrem Treffen vom 1.–15. Juni in Genf Empfehlungen für die Einrichtung sozialer Sicherheitssysteme in allen Staaten verabschiedet. Grundlegende Gesundheitsdienste und Einkommenssicherheit sollten in alle wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungspläne eingebaut werden, heißt es darin. Länder, die sich soziale Sicherungsmaßnahmen nicht leisten können, sollten sich um internationale Unterstützung bemühen. „Soziale Sicherheit hat sich als wirksame Anti-Krisen-Maßnahme erwiesen“, sagte der Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Juan Somavia. „Sie ist eine Grundlage für nachhaltiges und inklusives ökonomisches Wachstum“. Der Direktor der ILO-Abteilung für Soziale Sicherheit, Michael Cichon, nannte die Politik zur Schaffung sozialer Sicherheit ein wichtiges Instrument zum Erreichen der Millenniumsziele.



Weitere Informationen: [www.ilo.org](http://www.ilo.org)

## Kein Gold von Rio Tinto

Eine Kampagne gegen die Geschäfte des multinationalen Bergbaukonzerns Rio Tinto bei den Olympischen Spielen 2012 hat die im Juni neu gegründete globale Gewerkschaft IndustriALL ausgerufen. Damit unterstützt sie eine Initiative der amerikanischen Stahlarbeitergewerkschaft

USW. Das Metall für die 4.700 Medaillen bei der in London bevorstehenden Olympiade stammt zum großen Teil aus Rio-Tinto-Bergwerken im US-Bundesstaat Utah und einer Mine in der Mongolei. Dem Konzern wird die Verletzung von Arbeitnehmerrechten und die Beschädigung von Umwelt und Gemeinden vorgeworfen. Die Aussperrung von 780 Arbeitern einer Aluminiumschmelze in Quebec, die die Halbierung ihrer Löhne nicht akzeptieren wollten, habe die internationale Gewerkschaftsbewegung besonders verärgert, heißt es in einer Pressemitteilung von IndustriALL.



Weitere Informationen: [www.londonminingnetwork.org](http://www.londonminingnetwork.org)

## Gegen Freihandel

Gegen das Anfang Juni unterzeichnete Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kolumbien argumentierten drei kolumbianische Gewerkschaftsvertreter bei einer Rundreise durch mehrere deutsche Städte im Juni. Das Abkommen begünstige nur eine kleine Gruppe von Geschäftsleuten – Arbeitnehmer und Studierende aber gerieten in die Krise, sagte Miguel Morantes vom Gewerkschaftsbund CTC bei einer Veranstaltung an der Universität Hamburg.



Foto: © Cordula Kropfle

Nein zum EU-Abkommen: Gewerkschafter aus Kolumbien

Guillermo Correa, Autor einer neuen Studie über Gewalt an Gewerkschaftern und stellvertretender Leiter der Gewerkschaftsschule ENS, berichtete über die seit Jahrzehnten verübten Morde an Gewerkschaftern in Kolumbien. Die vom DGB Bildungswerk BUND und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) eingeladenen Delegation sprach auch mit Parlamentariern in Berlin und setzte sich dafür ein, dass der Bundestag dem Abkommen nicht zustimmt. Es soll erst nach Zustimmung aller Mitgliedsstaaten in Kraft treten.



Weitere Informationen: [www.ens.org.co](http://www.ens.org.co)

## IndustriALL gegründet

Eine neue globale Gewerkschaft für die verarbeitende Industrie sowie die Sektoren Bergbau und Energie wurde am 19. Juni in Kopenhagen gegründet. Unter dem Namen IndustriALL haben sich der ehemalige Internationale Metallarbeiterbund IMB, die für Chemie, Bergbau und Energie zuständige ICM und die Leder- und Bekleidungs-gewerkschaft ITGLWF zusammengeschlossen. Die neue Föderation vereint 50 Millionen Mitglieder aus insgesamt 140 Ländern. Ihr Präsident ist IG Metall-Chef Berthold Huber. „IndustriALL wird die Macht multinationaler Konzerne wie Rio Tinto und BHP herausfordern“, kündigte Generalsekretär Jyrki Raina an. Weil Lieferketten über verschiedene Länder immer mehr verflochten seien, brauchten Gewerkschaftsmitglieder eine stärkere globale Stimme. „Arbeiter müssen global sein“, sagte Raina, „denn die Märkte, das Kapital, Information und Kommunikation sind ebenfalls global“. Ein Viertel der 1.400 Delegierten komme aus Ländern, in denen Gewerkschafter unterdrückt würden, betonte der Generalsekretär. Viele von ihnen seien Helden im Kampf um Menschenrechte. Der Kongress verabschiedete einen Aktionsplan und eine Resolution gegen prekäre Arbeit. „Die Situation prekär Arbeitender ist würdelos“, stellte Elly Rosita Silaban von der indonesischen Gewerkschaft Garteks fest.



Weitere Informationen: [www.industrialall-union.org](http://www.industrialall-union.org)

### IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND  
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer  
Verantwortlich: Jens Martens  
Redaktion: Sigrid Thomsen  
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND  
Nord-Süd-Netz  
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500  
[nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de](mailto:nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de)  
[www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)  
[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

Spendenkonto: SEB Bank AG,  
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.  
Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.

**BMZ**  Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung



**Zukunftsentwickler.**  
Wir machen Zukunft.  
Machen Sie mit.